

Die Wahlen zum Slowakischen Landtag.

Die Haltung der Deutschen.

Ruhiger Verlauf. — Sehr rege Beteiligung.

Die ersten Wahlen zum neuen Slowakischen Landtag sind im allgemeinen in voller Ruhe und ohne Zwischenfälle verlaufen. Die slowakischen Ortschaften hatten Flaggenschmuck angelegt, wobei in den Dörfern die frühere tschecho-slowakische Fahne dem slowakischen Dreifarb und den Fahnen der Hlinka-Bewegung Platz gemacht haben.

Auch die deutsche Volksgruppe, deren Führung mit auf der einzigen eingetragenen Liste kandidiert, hatte mit den Hakenkreuzbannern der Umwelt den deutschen Charakter des deutschen Sprachgebietes deutlich vor Augen geführt. Die Deutschen werden zwei Vertreter, darunter Ingenieur Karmazin, und die Ungarn einen Vertreter haben, den Abgeordneten Cserhazy. Jüdische oder tschechische Vertreter stehen nicht auf der slowakischen Kandidatenliste.

Am Sonnabend hielten der slowakische Ministerpräsident Dr. Tiso und der stellvertretende Ministerpräsident der Zentralregierung, Sidor, im Rundfunk Ansprachen, in denen das Volk zu einem einheitlichen Bekenntnis bei der Wahl aufgefordert wurde.

Aus dem tschecho-slowakischen Seeresverband sind 40 slowakische Offiziere ausgeschieden, die die Organisation und Ausbildung der Hlinka-Garde zu einer halb-militärischen Organisation durchführen sollen. Slowakisches Militär befehligt gestern die Sotol-Heime, die an die Hlinka-Garde abgetreten werden. Am Sonnabend traten in der ganzen Slowakei 100 000 Hlinka-Gardisten zu einer Massenfundgebung an.

Die Wahlbeteiligung war äußerst stark. Aus einzelnen slowakischen Orten wird gemeldet, daß die Bevölkerung in geschlossenem Zuge unter Klängen von Musikkapellen zu den Wahl-

urnen marschierte und geschlossen mit Ja stimmte. In der Krems Deutsch-Probenzer Sprachinsel hat die deutsche Bevölkerung in den gemischtsprachigen Orten eigene Wahllokale erhalten. Die Wahlbeteiligung in diesen deutschen Orten war so stark, daß die Wahl in den Mittagsstunden bereits abgeschlossen werden konnte.

Gewaltige Mehrheit.

Wie von amtlicher slowakischer Stelle zu den Wahlen mitgeteilt wird, haben die slowakischen Bürger mit einer Mehrheit, wie sie bisher in der Slowakei keine einzige politische Partei erreicht habe, sich mit der slowakischen Regierung und ihren Leistungen seit dem 10. Oktober solidarisch erklärt. Die Wahlbeteiligung sei ungewöhnlich groß gewesen. Die Abstimmung

Die dunklen Geschäfte des Waffenschleppers Holzmann.

Der Jude verkaufte den Holländern unbrauchbare Gasmasken.

Amsterdam, 18. Dezember.

Am vergangenen Freitag wurde hier der Jude Milcha Holzmann wegen Weineides verhaftet. Holzmann ist Jude und ist seinerzeit in Deutschland wegen Beamtenbestechung verurteilt und des Landes verwiesen worden.

Die Verhaftung des Juden Holzmann hat in den Kreisen der jüdischen Emigranten, die im Carlton-Hotel in Amsterdam ihren Treffpunkt haben, lebhaftes Interesse ausgelöst. Holzmann hatte es verstanden,

bei überall ruhig verlaufen. Mit Begelsterung sei die Bevölkerung zu den Urnen gegangen.

Um 20.30 Uhr gab das slowakische Propagandaamt bekannt, daß keine endgültigen Zahlen vorlägen.

Juden verbreiten rote Flugzettel.

DNB Preßburg, 18. Dezember.

Am Sonnabend wurden in Preßburg heimlich kommunistische Flugzettel verteilt, in denen in drei Sprachen aufgefordert wird, gegen die slowakische Regierungspolitik zu stimmen. Es gelang der Polizei, fünf Verfasser und Verbreiter dieser Zettel zu verhaften. Es handelt sich um drei Juden und zwei Tschechen, die in Konzentrationslagern gebracht wurden.

Während die Tageszeitung „Deutsche Presse“, das Organ der ehemaligen Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei in der Tschecho-Slowakei, ihr Erscheinen eingestellt hat, meldet das „Prager Tagblatt“ in eigener Angelegenheit, daß es unter dem alten Namen und im gleichen Verlag weiter erscheinen werde.

durch seine Verbindungen zur Sowjetunion und seine Waffengeschäfte nach Mexikaner riefte Holzmann anzuwerben. Wie jetzt bekannt ist, fand die Polizei während der Hausdurchsuchung bei Holzmann in einem Geldschrank große Mengen Goldbarren. Holzmann hat, wie weiter bekannt wird, gemeinsam mit dem Juden Menachem Degelischewitsch im großen Stil durchgeführt. In der Handelsvertretung der Sowjetunion in Amsterdam, die eine Filiale der GPU ist, war ein vielgeschäftiger Geschäft Holzmann hatte enge Beziehungen mit kommunistischen Kreisen in Holland und Belgien unterhalten, die er regelmäßig mit Geldmitteln versorgte.

Jude Holzmann begnügte sich aber nicht damit, Waffen nach Spanien zu verschicken. Wie das nationale „Dagblad“ aus zuverlässiger Quelle meldet, hat Holzmann auch einen großen Vorrat Gasmasken an ein holländisches Geschäft verkauft, in dem führende Persönlichkeiten der „Amsterdamer Bürgerwehr“, der Selbstschutzorganisation der Amsterdamer Bevölkerung, vertreten sind.

Wie es sich jetzt ergibt, sind diese Gasmasken völlig unbrauchbar und bereits früher durch Spanien und Belgien, denen sie gleichfalls zum Kauf angeboten waren, zu Schaden gekommen.

Daselbst Blatt bezeichnet den Fall Holzmann als den größten Skandal in der Geschichte Amsterdams und stellt fest, daß die schmutzigen Waffengeschäfte und Vertriebswege dieses Juden und seine Verbindung zum Kommunismus eine sofortige allgemeine Aufklärung verlangen.

Das Blatt wirft die Frage auf, wieweit es wahr ist, daß Holzmann Beziehungen zu maßgebenden holländischen Kreisen unterhalten habe. Ferner beschäftigt sich die Blätter eingehend mit dem dunklen Verbleiben Holzmanns, vor allem mit der verhängnisvollen Rolle, die er gemeinsam mit Karmazin und Rustier in Deutschland zur Systemzeit spielen konnte. Besonders wird darauf verwiesen, daß Jude Holzmann, nachdem er in Deutschland keine Strafe wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Beamtenbestechung verbüßt hatte, es in Paris, wo er ausgemacht war, bald verstanden hat, eine große Rolle zu spielen. Doch bereits 1929 wurde Holzmann als lästiger Ausländer aus Frankreich ausgewiesen und verlegte sein Tätigkeitsfeld nach Holland, von wo aus er seine Waffengeschäfte mit Spanien betrieb.

Der größte Schlag für Holzmann war, wie das nationale „Dagblad“ weiter schreibt, die Münchener Uebereinkunft, die er sich geschäftlich auf einen europäisch-kriegsähnlichen Zustand einlassen mußte. Holzmann gehörte auch zu den jüdischen Kriegsgeldhockern, die alle Hände spielen ließen, um die Wälder Europas in eine blutige Auseinandersetzung zu treiben, wofür sie daran zu verdienen hofften.

Beschränkung des jüdischen Eigentums in Italien.

Rom, 18. Dezember.

Der italienische Ministerrat hat auf Vorschlag des Finanzministers die Ausfuhrbeschränkung von jüdischem Eigentum in Italien beschlossen. Die Beschränkung betrifft die Ausfuhr von jüdischem Eigentum, das in Italien erworben wurde, und die Ausfuhr von jüdischem Eigentum, das in Italien erworben wurde, und die Ausfuhr von jüdischem Eigentum, das in Italien erworben wurde.

Betriebe, die die Landesverteidigung angehen oder in denen hundert oder mehr Personen beschäftigt sind, werden unter besondere Kontrolle gestellt. Die Inhaber dieser Betriebe können in einer bestimmten Frist ihren Besitz verkaufen oder unter bestimmten Bedingungen umstellen. Nach Ablauf der Frist kann der Staat die Landesverteidigung interessierenden Betriebe übernehmen, während für die anderen eine provisorische Verwaltung eingesetzt und gegebenenfalls zur Liquidation geschritten werden kann.

Obgleich noch keinerlei Anhaltspunkte für die Täter gefunden sind — lediglich einige Personen wollen nach der Explosion das Motorengehäuse eines schnell dahongefahrenen Kraftwagens gehört haben — glaubt man, wie das nationale „Dagblad“ berichtet, daß der Anschlag mit dem am Sonnabend in Rennes erfolgten Verurteilung der beiden bretonischen Autonomisten Debeaumonts und Mordelet zusammenhängen könnte. Man verweist aber auch darauf, daß vor einigen Tagen das Polizeigericht in Pontion einige junge Leute zu drei Tagen Gefängnis verurteilte, die von der Polizei beim Ankleben autonomistischer Zettel ertappt wurden.

Debeaumonts und Mordelet erhielten ein Jahr Gefängnis mit Bewährungsfrist. Gegen dieses Urteil protestiert die Halbmonatsschrift der Nationalen Bretonischen Partei auf das heftigste und bezeichnet es als eine Herausforderung, auf die die Bretonen eine verbundene Antwort geben würden, indem sie sich immer entschlossener um ihre nationalen Führer scharten. Das bretonische Blatt meldet auch, daß Debeaumonts auf das Urteil mit dem Ruf: „Es lebe die freie Bretagne!“ geantwortet habe.

Flugzeug tötet drei Kinder.

DNB Rom, 18. Dezember.

Wie erst jetzt bekannt wird, ist am letzten Donnerstag ein Militärflugzeug aus Rom mit vier Mann Besatzung bei Celena so unglücklich abgestürzt, daß es drei Kinder unter sich begrub. Die Kinder und die Besatzung sind ums Leben gekommen.

„Es lebe die freie Bretagne!“

Verurteilung zweier bretonischer Autonomisten.

Bretonisches Freiheitsdenkmal in die Luft gesprengt.

(1) Paris, 18. Dezember.

In Pontion in dem bretonischen Departement Morbihan explodierte Sonntag früh um 2.30 Uhr das auf einem der Hügel der Stadt befindliche Denkmal zur Erinnerung an die Vereinigung der Bretagne mit Anjou. Durch die Wucht der Explosion wurde die bronzene Freiheitsstatue in mehrere Stücke zerfallen. Die Fenstergehäusen der umliegenden Häuser sprangen zum größten Teil. Der Granitsockel des Denkmals ist unbeschädigt.

Somit sich bisher feststellen ließ, waren starke Sprengstoffladungen unter der Statue angebracht und durch eine 5 bis 6 Meter lange Zündschnur zur Explosion gebracht worden. Der Präsident von Morbihan und der Unterpräfekt von Pontion haben in Begleitung des zuständigen Gendarmeriechefs sofort eine Untersuchung eingeleitet.

Paris und seine lästigen Ausländer.

Forderungen als Folge jüdischer Ueberfremdung.

Für unsere Begriffe reichlich spät stellt man jetzt in der französischen Hauptstadt Statistiken auf, für die das notwendige Zahlenmaterial schon seit langer Zeit in Hülle und Fülle zur Verfügung steht. Statistiken über den lästigen Ausländer, der seinerseits als allerdings genug dazu getan hat, daß solche Statistiken jetzt in der Ausstellung begriffen sind um vermutlich und hoffentlich ausgewertet zu werden.

Jedenfalls wohl haben in dieser Beziehung die Enthüllungen aus der Unterdrückung und Verhinderung des unlängst abgeschlossenen Brest-Litowsk-Prozesses dem Staat den Boden ausgeglichen. Von verschiedenen Magistratsmitgliedern sowohl der Hauptstadt wie auch Provinzialstädten Frankreichs sind Forderungen aufgestellt worden, die sich, wenn man sich recht bedient, im Grunde genommen als nichts anderes abzeichnen als eine Folge der jüdischen Ueberfremdung. Denn es gab ja tatsächlich während der letzten Jahre keinen Prozeß und keinen Skandal im gesellschaftlichen wie im geschäftlichen Leben Frankreichs, an dem nicht Juden in sehr maßgeblicher Weise beteiligt waren — und alle Welt weiß, im politischen Leben Frankreichs war es nicht viel anders. Aber man kann wohl vermuten, daß der französische Bürger und Arbeiter doch einigermaßen große Augen machen wird, wenn er an Hand der nunmehr aufgestellten Statistiken und an den Verhandlungen und kommenden Untersuchungsergebnissen einmal erfahren wird, was er eigentlich den lästigen Ausländern und insbesondere den jüdischen Emigranten aus einer ganzen Reihe von Dörfern zu verdanken hat und wie sehr er nicht durch deren agitatorisches und heftiges Treiben, sondern auch in finanzieller Beziehung direkt belastet wird.

Es hat sich zum Beispiel herausgestellt, daß rund 10 Prozent der Einwohnerzahl der französischen Hauptstadt als Ausländer zu betrachten sind und daß es in vielen anderen Großstädten des Landes durch aus nicht viel anders aussieht. Es hat sich weiter gezeigt, daß in einigen kleineren Städten Ortsansässige Einwohner es vorziehen, ihre Heimat zu verlassen, weil sie nicht mehr in der Lage waren, die Mittel aufzubringen, um dortige Arbeitslose auszuheben zu unterhalten. Hier zeigt sich einmal ganz deutlich der ganze „Segen“, den die Fremdschicht mit Moskau über die französische Bevölkerung ausgesprochen hat. Ueberall dort, wo in den Städten und Gemeindefürsorgeverwaltungen sich das vorfrontalistische Element an die Oberfläche gewühlt hat, läßt diese Gefahr naturgemäß besonders hart auf dem Land. Denn diesen kommunistischen Gemeindefürsorgeverwaltungen ist außerordentlich viel daran, das lästige Ausländerkontingent ihrer eigenen roten Schatzkammer — wenn man so sagen will — zu kultivieren. Und so kommt es, daß zum Beispiel in manchen Städten die jüdischen Krankenhäuser im zahllosen Verhältnisse zur Ortsansässigen Einwohnerzahl übermäßig stark mit mehr oder weniger erkrankten Ausländern belegt sind, für die also der ausländische französische Steuerzahler eintreten muß, genau wie für die zahllosen ausländischen Verbrecher und Betrüger, welche die französischen Gefängnisse besetzen.

Die sehr aufschreienden Statistiken werden also hoffentlich auch allen denen die Augen öffnen, die verriet und betrogen, das Geld des Landes von Moskau erwarben. Vorläufig sind es ja nur Forderungen, die als Folge der Ueberfremdung mit dem jüdischen Element aus anderen Ländern da und dort in Erscheinung treten. Sie fallen aber an Ueberlegung und Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig. So wird da neben anderem eine besonders zu entrichtende Gebühr gefordert, die jüdischen Fremden aus anderen Ländern erhoben werden soll, die sich, wie es im Handwerk oder in irgendeinem Betriebe betätigen wollen; ferner soll auch in Bezug auf die Handwerker und Arbeiter ausländischer Abstammung ein Verhältnissystem aufgestellt und durchgeführt werden; das Gleiche wird für die Gewerbebetriebe verlangt. Wie gelangt vorläufige Ideen zur Verwirklichung für solche Maßnahmen seitens einiger Magistratsbeamter vor, sie liegen jedoch durchaus nicht weit von der innerpolitischen Linie Daladiers.

wird. Der Reinertrag aus dem Verkauf wird den Besitzern in Staatspapieren zur Verfügung gestellt werden.

Das Kreditinstitut für öffentliche Arbeiten wird demnächst eine Sprozentante in 35 Jahren tilgbare und vom Staat garantierte Obligationen anleihen in Höhe von 450 Millionen Lire ausgeben, deren Ertrag der Finanzierung der Organisation und der Bauten für die Weltausstellung 1942 in Rom dienen wird.

33 Grad Kälte in Polen.

Groß fordert Todesopfer.

Warschau, 18. Dezember.

Der starke Frost, der jetzt in Nordost-Polen bis 33 Grad erreicht, hat überall im Lande erhebliche Schäden verursacht. Die Flüsse kommen meist mit großen Verstopfungen an. Das Elektrizitätswerk in Warschau wurde durch die Kälte für mehrere Stunden stillgelegt. In Warschau, Lodz und anderen Städten trugen zahlreiche Personen schwere und zum Teil tödliche Erfrierungen davon.

Auch in Norditalien friert man.

DNB Mailand, 18. Dezember.

Die Ausläufer der Kälte, die sich von Osten her über Mitteleuropa ergießt, machten sich nun auch in Norditalien bemerkbar. In Udine wurden 5 Grad Kälte gemessen, in Tarvis betrug das Thermometer 7 Grad Kälte und aus dem Alpengebiet Friuli werden sogar 15 Grad unter Null gemeldet. In Udine hat ein Mann infolge des plötzlichen Kälteeinbruchs, an Triest zeigte das Thermometer innerhalb von 24 Stunden einen Temperatursturz von plus 20 auf minus 5 Grad an, während ein Sturm von 60 Stkm. Geschwindigkeit über die Stadt hinwegfegte.

Kältewelle auch über England.

Kanalbagger mußten nach Frankreich zurückkehren.

London, 18. Dezember.

Am Sonntag wurde das britische Inselreich von einer ungewöhnlichen Kältewelle heimgesucht, die in verschiedenen Teilen des Landes von heftigem Sturm begleitet war. Der Verkehr zwischen England und dem Kontinent erlitt dabei erhebliche Verzögerungen. Einige Kanalbagger konnten der bewegten See wegen die englischen Häfen nicht anlaufen und mußten mit ihren Passagieren nach Frankreich zurückkehren. In Schottland und Teilen von Nordengland brachte der Kälteeinbruch starken Schneeeinbruch mit sich, während in London nur sehr wenig Schnee fiel. Bisher hat die Kälte, die für die nächsten Tage andauern soll, ein Todesopfer gefordert.

Ministerium für Arbeit und Nationaldienst in England.

Wie der englische Arbeitsminister Brown in einer Rede in New bekanntgab, wird sein Ministerium in Zukunft die Bezeichnung Ministerium für Arbeit und Nationaldienst (Ministry of Labour and National Service) tragen.

Neues Straffsystem für Jugendliche.

Wochenendarrrest und Jugendarrest für Jugendliche.

Berlin, 18. Dezember.

Im Mittelpunkt der Arbeiten des Jugendrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht steht zur Zeit das Jugendgerichtsgesetz. Aus der Fülle der Reformfragen behandelt Landgerichtsrat Dr. Kehler, Kassel, selbst Mitglied des Jugendrechtsausschusses, zwei der wichtigsten in der Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht.

Das Jugendgerichtsgesetz wird, wie Kehler mittelt, ein ganz neues Straßensystem bringen, insbesondere die bisher völlig fehlenden Jugendstrafen (Jugendstrafe, Jugendstrafe, Jugendstrafe) (die Bezeichnung hält der Verfasser nicht für glücklich) und den Jugendarrest bis zu vier Wochen.

Diese neuen Jugendstrafen werden auch Rückwirkungen auf die Verhaftungssituation haben. Das künftige Verfahren muß den neuen Strafen angepaßt und auf diese abgestellt werden. Auch für die Jugendlichen ist sowohl für den Erfolg von Erziehungsmaßnahmen wie für die Wirksamkeit von Strafen unerlässlich, daß die Entscheidung des Jugendrichters wie ihre Vollziehung der Tat möglichst auf dem Auge folgt. Die Unmittelbarkeit der Wirkung muß sowohl wie möglich sichergestellt werden. Das heißt, daß zwischen den Strafen der Jugendlichen und ihrer Verurteilung Monate liegen, ist unerwünscht, kann auch nicht damit gerechtfertigt werden, daß der Jugendliche durch den festlichen Druck des Verfahrens schon nachteilig beeinflusst werde.

Da künftige Jugendstrafverfahren wird dem Jugendrichter die persönliche Vernehmung des Jugendlichen vor der Hauptverhandlung in allen Fällen zur Pflicht machen müssen. In schweren Fällen schon allein deshalb, weil der Eindruck in der Hauptverhandlung allein nicht

genügen wird, um ein abschließendes und erzieherisch richtiges Urteil zu ermöglichen. Auch wird der Jugendliche bei der mehr formlosen persönlichen Vernehmung durch den Jugendrichter eher aus sich herausgehen und gerade hier, gewissermaßen unter der Augen, vielfach für den Jugendrichter die beste Möglichkeit der erzieherischen Beeinflussung bestehen. Bei der Fall, der der Jugendliche geständig und gewinnt der Jugendrichter bei der Vernehmung den Eindruck, daß der Jugendliche einen guten Kern hat und seine Tat bereut, so wird in vielen Fällen der beste Weg zum Verhängnis der sein, wenn der Jugendrichter sofort im Anschluß an die Vernehmung eine Entscheidung trifft, diese dem Jugendlichen eröffnet und womöglich, wenn sich der Gedanke der Unannehmlichkeit durchsetzt, sofort vollzieht. Ob man diese Entscheidung des Jugendrichters, die in der Form des Beschlusses ergehen muß, nun Strafbefehl, Jugendstrafbefehl, Jugendgerichtsbefehl oder wie sonst nennen will, ist mehr eine äußerliche Frage, die auf gelockerte Verfahren würde in geeigneten Fällen auch ein Schnellverfahren ermöglichen, ohne daß dadurch der erzieherische Wert des Verfahrens beeinträchtigt würde.

Auch die Erscheinungspflicht der Eltern wird das Gesetz einführen. Das jetzige SGG spricht nur von Rechten der Eltern. So insbesondere in den §§ 23 und 30. Im Gegensatz hierzu wird das neue Gesetz die Pflichten der Eltern zu betonen haben. In zahlreichen Fällen erscheinen trotz Zahlung weder Vater noch Mutter. Teils aus Gleichgültigkeit, teils aus falscher Scham und teils auch, weil ihnen die Bedeutung des Verfahrens und seine Tragweite für die Zukunft des Kindes nicht klar ist. Ein Vater, der es aber mit seinen Erzieherpflichten wirklich ernst nimmt, muß bei der Verhandlung gegen sein Kind zugegen sein. Väter und Mütter, die sich ihrer Pflichten nicht bewußt sind, müssen eben notfalls zwangsweise dazu angehalten werden. Gerade in diesen Fällen wird die Hauptverhandlung auch ihre erzieherische Wirkung auf die Eltern nicht verfehlen.

Reichsbahn befördert Personenkraftwagen.

Berlin, 18. Dezember.

Am 1. Januar 1939 wird die Reichsbahn auf einigen Strecken der Reichsbahn erprobte Beförderung von Personenkraftwagen zu den halben Sätzen des ermäßigten Gepätkariffs ermöglicht. In dem ganzen Bereich der Reichsbahn eingeführt. Die Personenkraftwagen werden künftig also zwischen allen Bahnhöfen befördert, die mit Rampen ausgestattet sind.

Condor-Bejahung auf der Heimreise.

Berlin, 18. Dezember.

Nachdem das auf dem Rückflug von Tokio in der Nacht von Manila auf dem Wasser niedergegangene Condor-Flugzeug geborgen ist, hat die kasseler Bejahung an Bord des Dampfers „Scharnhorst“ am Samstag von Manila aus die Heimreise nach Deutschland angetreten.

fünf deutsche Messen.

Berlin, 18. Dezember.

Der Berater der deutschen Wirtschaft als die verantwortliche Stelle für die deutsche Messepolitik hat verfügt, daß die Reichsbanner Messe als solche in Zukunft fortfällt. An Stelle des Reichsbanners „Reichsbanner Messe“ wird eine „Ausstellungsgesellschaft“ ins Leben gerufen, der fortan die Durchführung von Ausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen in Reichsbanner obliegt. Diese Regelung ist auch für Graz und Innsbruck getroffen worden. Es bleibt also in Deutschland bei den fünf Messen mit ihrem genau abgestimmten Wirkungsbereich; es sind dies: die Leipziger Messe, die Breslauer Messe, die Stuttgarter Messe, die Frankfurter Messe, die Kölner Messe und die Wiesener Messe.

Verstärkte Kontrolle der Butterqualität.

Berlin, 18. Dezember.

Da verschiedentlich festgestellt worden war, daß die bei den Kleinverteilern vorgegebene Butter in ihrer Qualität häufig nicht der Kennzeichnung entspricht, mit der die Butter versehen ist, hat der Reichsausschuss für die deutsche Milch- und Fettwirtschaft die Hauptvereinigungen der deutschen Milch- und Fettwirtschaft um alle Molkereien und Buttergroßhändler einen Appell



Gen Anholte

Nummer 34

Deu

Außenpolitik

Chamber

Bei der außen...
der ein Antrag...
das Unterhaus...
Uden politisch...
habe, nahm M...
Wort.

Er stellte ein...
in der Lage lie...
Sodann betonte...
ziehungen von...
auf England...
sprechen kommend...
die italienische...
Truppen nach...
Oktober seien...
nicht erhöht...
schaften und...
gangen. Diese...
haus Widerprü...
Anschließend...
seinen für den...
Er und der...
mit einer fest...
nach Rom, ein...
Pause zu bring...
Fragen von...
taulich stattfin...
Außenminister...
die Beziehung...
und durch die...
trauen zu sta...
Englands...
land, so führte...
sehen möchte, f...
einen

Wesentliche

Außenm

Chi

In einer Erkl...

minister Arita...
gegenwärtigen...
müsse. Die W...
liche Einhei...
sein, um die...
Japans sicher...
nannte Wirtsch...
in der Auslands...
sei, das Japan...
nehmungen aus...
nicht daran, d...
nische Tätigk...
hindern, muß...
verteidigung...
wirtschaftlich...
ten einrichtu...
Verringerung...
Beispiel Man...
den letzten Re...
den letzten Re...
Mandatsauto...
und aus France...
Auf eine Frage...
ergeben werden...
heilen zu erte...
Zuge sei.

Die Einrichtu...
auch auf polit...
wirklich unabh...
Rechte sowie...
und Ausnah...
allmählich abge...
Mächte. Bate...
Zeit komme, in...
sei. Hieraus er...
anwendbarke...
Lage.

Die Knelei...
an Tschanta...
Reichsregierung...
Nafien mit...
werden müsse...
temporäre erzie...
wismus in Euro...
schlich schwä...
Zum Schluß...
amerikanischen...